



Zeitung des Stadtverbandes Schwedt der Partei

DIE LINKE.

Nr. 07-08/2015

Rot-Rot in Brandenburg, wo stehen wir,

sowie Informationen zum Bundesparteitag in Bielefeld. Unter dieser Thematik luden wir am 13.06. im Kosmonaut zu unserer Mitgliederversammlung ein.

Den Beginn machte Bärbel Ramm, die als Delegierte am Bundesparteitag teilgenommen hatte. Bärbel machte noch einmal auf die inhaltlichen Schwerpunkte des Parteitages aufmerksam, wie z. B. die Diskussionen zur Kampagne „Das muss drin sein“, den kommunalpolitischen

Leitlinien sowie zum bedingungslosen Grundeinkommen. Einen ersten Bericht vom Parteitag konnten wir bereits in unserer letzten Ausgabe veröffentlichen. Bärbel ging auch auf die emotional sehr berührende Rede von Gregor Gysi auf dem Parteitag ein. Für mich überraschend, dass die Erklärung Gregor Gysis im Herbst nicht mehr für den Fraktionsvorsitz kandidieren zu wollen, keinen Diskussionsbedarf hervorrief. Mit großem Interesse verfolgten die Anwesenden den Bericht von Isabelle Vandré zum Koalitionsvertrag von Rot-Rot in

Brandenburg. Isabelle ist Abgeordnete des Landtages für unseren Wahlkreis und dort als Sprecherin für Hochschul-, Wissenschafts- und Forschungspolitik



verantwortlich. Außerdem ist sie eines der jüngsten Mitglieder des neugewählten Fraktionsvorstandes. Isabelle konnte bei den Haushaltsverhandlungen auf einige Ergebnisse verweisen.

Priorität Bildung:

Insgesamt umfasste der Etat des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport 2009 noch rund 1,2 Mrd €, 2016 werden wir bei 1,7 Mrd € liegen > Anstieg um 44%

*insgesamt 4.300 neue LehrerInnen bis 2019, 100 neue SchulsozialarbeiterInnen, zusätzliche Förderung des Netzwerkes "Gesunde Kinder" mit 2 Mio €,

*LehrerInnen werden jetzt gerade erst eingestellt, konkrete Verteilung auf das Land steht noch nicht fest

*KiTa: Verbesserung des Betreuungsschlüssels der 0 bis 3 Jährigen ab August 2015 von derzeit 1:6 auf 1:5,5 - August 2016 zweite Verbesserung auf 1:5

Fortsetzung auf Seite 2

Aus dem Inhalt:

Mitgliederversammlung	S.1
Lokalpolitik	S.2
Solidarität mit Flüchtlingen	S.3
Asylgesetz	S.4
25 Jahre SODI	S.4
Referendum in Griechenland	S.5
Termine	S.6

Wir sind Party

Wird wohl manch ein Schwedter angesichts des Massenaufmarschs zu den Veranstaltungen beim Mitsommerfest empfunden haben. Ja, die Schwedter sind beim Feiern dicke da und hart im Nehmen, wie die Museumsleiterin bezüglich der heftigen Regenschauer an diesem Abend feststellte. Neben den schon in langer Tradition jährlich stattfindenden Festen wie Frühlingsmarkt, Stollenmarkt und Oktoberfest gibt es seit 2002 eben auch das Mittsommerfest und seit 2013 jubeln die ausgelassenen Schwedter im September „Wir sind Elfenwald“. Eintritt frei, Bratwurst vom Grill, Musik und viel Getränke, damit bekommt man die Schwedter immer zahlreich auf die Straße. Warum auch nicht. Wer hat schon was gegen Spaß und gute Laune. Anders sieht es allerdings aus, wenn zu der Bratwurst auch noch politische Diskussionen im Angebot sind. Dann wird das Interesse der Bürger schon merklich geringer, wie z.B. bei der Veranstaltung zum 8. Mai vor dem Rathaus oder auch den Stadtverordnetenversammlungen. Obwohl jede SVV mit einer Einwohnerfragestunde beginnt, wird von den Schwedtern nur wenig Gebrauch davon gemacht. Gibt es wirklich keine Probleme in der Stadt? Oder besteht einfach mehr Interesse am Feiern. Wenn das so ist, können sich die Schwedter schon bald wieder richtig freuen. Am 26./27. September 2015 feiern wir das nächste Stadtjubiläum, 750 Jahre Stadt Schwedt. Die Freunde des Elfenfestes müssen allerdings stark sein. Ein gesondertes Fest gibt es nicht. In diesem Jahr fügt sich das Elfenfest in die 750-Jahr-Feier der Stadt mit ein. Aber dafür heißt es dann wieder auf allen Straßen „Wir sind Party“.

Sylvia Anklam

Worin bestehen die Herausforderungen für Rot-Rot im Land: Dazu gehören die Flüchtlingszahlen, die ständig nach oben korrigiert werden, mit der Folge, dass höhere Landesmittel bereitgestellt werden müssen. Der BER als Dauerthema, Isabelle verwies darauf, dass die für den Flughafen zusätzlich bereitgestellten Mittel nur geliehen, also zurückgezahlt werden müssen. Die Verwaltungsstrukturreform; Auf keinen Fall soll sie den Bürgern einfach übergestülpt werden. Hier ist ein langer und intensiver Diskussionsprozess geplant. Viel Aufmerksamkeit in der Presse fand die Wahl des neuen Fraktionsvorsitzenden. Isabelle machte darauf aufmerksam, dass sich die Fraktion die Entscheidung für Ralf Christoffers nicht leicht gemacht hat.

Der ausbleibende Generationswechsel fand unter den Anwesenden nicht nur Zustimmung. Viel Diskussionsbedarf rief der von Christa angesprochene Artikel in der MOZ „vollgestopfte erste Klasse“ mit 28 plus x ABC Schützen hervor. Wie kann das sein, dass vom Land die Mittel für die Bildungspolitik erhöht werden, und hier unten kommt nichts an. Isa musste sich viele Fragen und Meinungen dazu anhören. Sie verwies bei der Bildungspolitik auf die schwierige Zusammenarbeit mit Günter Baaske und dem von ihm geführten Ministerium für Bildung, Jugend und Sport. Inge Kirsch schlug eine Petition an den Landtag zur Rücknahme der Klassenstärke vor. Diskussionen wurden auch geführt zum Umgang DER LIN-

KEN mit den Wahlverlusten, zu der Thematik Macht- und Regierungsverantwortung sowie zum beschlossenen Tarifeinheitsgesetz, bei dem kleinere Gewerkschaften und die Opposition im Bundestag eine Einschränkung des Streikrechts befürchten. Rot -Rot in Brandenburg hatte diesem Gesetz seine Zustimmung verweigert. Isabelle zeigte sich kompetent und ging auf alle Fragen ein. Dem Vorwurf, die Weiterführung von Rot- Rot in Brandenburg diene nur dem Wunsch nach Machterhalt, erteilte sie eine entschiedene Absage. Den Wunsch eines Anwesenden im nächsten Jahr wieder unser Gast zu sein und über ihre Arbeit im Landtag zu berichten, wollte sie gern nachkommen.

Sylvia Anklam

Unsichere Planung des neue Schuljahres

Endlich Ferien heißt es wieder, denn für Schüler und Lehrer beginnt am 15. Juli die schönste Zeit des Jahres. Doch schon in den letzten Schulwochen wird intensiv an der Vorbereitung des neuen Schuljahres gearbeitet. Längst ist nicht klar, wie der Einsatz der Lehrkräfte aussehen wird, denn nicht alle erforderlichen Stellen sind besetzt. Das zuständige Schulamt reagiert mit Aufstockung von Klassenstärken, um Lehrerstellen sparsamer einzusetzen. Das Land hat vor, in den nächsten fünf Jahren 4300 neue Lehrer einzustellen. Nur die Verteilung klappt im Augenblick noch nicht so, wie der Bedarf an den Schulen ist. Die Rede ist von einer umstrittenen Buschprämie, mit der junge

Kollegen oder Berufsanfänger in die Randgebiete Brandenburgs gelockt werden sollen. Besonders hart getroffen hat es die Astrid Lindgren Grundschule hier in Schwedt. Dort haben so viele Eltern ihre Kinder angemeldet, dass es drei erste Klassen geben sollte. Um die Vertretungsreserve der Schule aufzustocken, bekam die Schulleitung die Weisung, nur zwei Klassen zu eröffnen. Das bedeutet für einige Eltern entweder ihr Kind an einer anderen Schule anzumelden, oder in einer großen Klasse lernen zu lassen. Für die Erstklässler ist der Anfangsunterricht in kleineren Klassen zu empfehlen, damit jedes Kind unter optimalen Bedingungen lesen und schreiben lernen kann. Deshalb wandten

sich die besorgten Eltern an die Stadtverordnetenversammlung um Hilfe. Nun kann dieses politische Gremium keinen ändernden Beschluss fassen, hat aber zumindest einen gemeinsamen Appell mit dem Bürgermeister an das zuständige Schulamt und das Bildungsministerium verfasst. Im September ist von der Fraktion Freie Bürgerinitiative eine Gesprächsrunde mit dem Schulamtsleiter Herr Kranz geplant. Bis dahin ist es der Kreativität der Schulleitung und des Kollegiums der Lindgren Schule zu verdanken, wenn die Schulanfänger gute Lernbedingungen erhalten. Darauf kann man sich verlassen.

Bärbel Ramm

Die letzte Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause

Diese SVV am 18.06.2015 war besonders „reichhaltig“ an Themen, Vorträgen und Vorlagen. Wie immer begann die SVV mit der Einwohnerfragestunde. Hier wurden mehrere Fragen zur Vorlage 105/15 „Bebauungskonzeption Rathausstandort Lindenallee“ gestellt. Die Vorlage in ihrer jetzigen Form wurde von den anwesenden Einwohnern abgelehnt bzw. wurden umfangreiche Änderungen zur weiteren Nutzung des RH 1

vorgeschlagen. Die Beantwortung dieser Anfragen erfolgt schriftlich durch die Stadtverwaltung an die Einreicher. Unsere Fraktion lehnte die Vorlage in dieser Form gleichfalls ab. Nach umfangreicher Diskussion wurde ein Vorschlag verschiedener Abgeordneter, auch unserer Fraktion, befürwortet, diese Vorlage nicht zu billigen, sondern nur zur Kenntnis zu nehmen. Damit sind spätere Korrekturen und Ergänzungen

noch möglich.

Die weitere Verfahrensweise für die Perspektive des Rathausstandortes 1 wird also noch diskutiert werden müssen. Unklar ist auch noch, ob die Denkmalschutzbehörde dieses Gebäude als „Denkmal“ und damit erhaltenswürdig erklären wird. Somit wird diese Vorlage erst einmal öffentlich ausgelegt und sollte von unseren Einwohnern auch

Fortsetzung auf Seite 3

gründlich begutachtet werden.

Nach der Einwohnerfragestunde wurden zwei Berichte zur Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes in Schwedt vorgetragen. Daraus ging hervor, dass sich die Lage nur sehr leicht verbessert hat und es immer noch über 14 % Arbeitslose in Schwedt gibt. Etwa 300 Stellen sind z.Z. unbesetzt, d.h. für diese Stellen mit sehr spezifischen Voraussetzungen konnten keine Bewerber gefunden werden.

Die nun folgende Abarbeitung der insgesamt 30 Vorlagen und 3 Anfragen nahm doch sehr viel Zeit in Anspruch (Ende der SVV 19.45 Uhr).

Wesentliche Vorlagen nenne ich hier noch :

*103/ 15 Verkaufssonntage

Die Vorlage wurde mit Gegenstimmen, auch aus unserer Fraktion, beschlossen. Die Vielzahl dieser sonntäglichen Öffnungszeiten sehen wir als unnötige Belastung für das Verkaufspersonal an.

*96/ 15 Energie- und Klimaschutzkonzept der Stadt Schwedt/ O.

Diese Vorlage wurde einstimmig be-

schlossen, weil sie eine gute Grundlage für die perspektivische Entwicklung unserer Stadt auf diesem Gebiet darstellt.

*97/ 15 Stadtentwicklungskonzept IN-SEK Schwedt/Oder 2025 +

Inhalt dieser Vorlage ist der geplante Stadtumbau in den nächsten Jahren. Das Konzept fixiert die Leitlinien für alle grundlegenden Aufgaben im innerstädtischen Bereich. Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen

*98/ 15 „Entwicklungs- und Handlungskonzept Soziale Stadt 2025 + Obere Talsandterrasse“

Hierin werden die Leitlinien zur Umgestaltung für die nächsten Jahre in den Wohngebieten „Talsand, Waldrand, Kastanienallee,“ konzipiert, um die Lebensbedingungen für alle Bürger hier weiter zu verbessern.

*104/ 15 Entwurf Quartierkonzept „Regattastraße“

Er enthält die weitere geplante Bebauung des ehemaligen, seit 2014 nicht mehr genutzten Sportplatzes „Bildungszentrum“. Auch diese Vorlage wird öf-

fentlich zur Diskussion ausgelegt.

*107/ 15 Erschließung Eigenheimgebiet „Am Aquarium“

Nach öffentlicher Auslegung und erfolgter Korrektur wurde diesem Plan zugestimmt. Gleiches gilt für die Vorlage

92/ 15 Bebauungsplan „Am Aquarium“.

*91/15 „Rückbau altes Polizeigebäude Bahnhofsstr.“

Nachdem die Stadtverwaltung unsere Anfragen dazu befriedigend beantwortet hatte, wurde auch diese Vorlage einstimmig beschlossen. Abriss beginnt 2015- Ende 2016.

*93/ 15 „Deckenerneuerung Lefevrestraße“

Ziel ist, die Realisierung noch vor dem Stadtfest im September abzuschließen, wenn das nicht möglich wird - Realisierung nach dem Stadtfest.

Gleiches gilt für die Vorlage 106/ 15 „Sanierung Kreisverkehr Ortseingang nach dem Fahrzeugbrand“

Thomas Tenner

Humanität und Solidarität gegen Fremdenhass und Rassismus

Die Menschen, die zu uns kommen, haben oft Schlimmes erlebt. Über 51 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht; das sind so viele Flüchtlinge und Vertriebene wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Tausende Flüchtlinge starben seit Januar 2014 im Mittelmeer. Auf dem Friedhof der italienischen Insel Lampedusa ist kein Platz mehr. Aber die meisten Menschen suchen Schutz in Nachbarstaaten. So hat z.B. der Libanon mehr als eine Million Menschen aus Syrien aufgenommen. Dies bedeutet, dass auf 1000 Libanesen und Libanesinnen 178 Flüchtlinge kommen. Im Land Brandenburg lebten Ende August 2014 insgesamt 6422 Flüchtlinge. Drei von 1000 Brandenburgerinnen und Brandenburgern waren demnach zu diesem Zeitpunkt Flüchtlinge. Auch wenn dies nicht der aktuellste Stand ist, erkennt man die Ungleichheit. Am Freitag, dem 26. Juni, bezeichnete Angela Merkel die Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise auf dem EU-Gipfel als

„Riesenaufgabe“. Nicht verwunderlich ist, dass sie und ihre Kollegen Staats- und Regierungschefs keinen Beschluss gefasst haben, der einen Lösungsansatz für diese „Riesenaufgabe“ erkennen lässt. Die EU-Verantwortlichen ignorieren seit Jahren, dass Fluchtgründe sich türmen, ignorieren das Sterben. Sie machten sich der Zerschlagung oder der Beihilfe zur Zerschlagung unliebsamer staatlicher Strukturen wissentlich schuldig. Ich erinnere an den „Arabischen Frühling“ und die Verdammung des syrischen Staatschefs Assad. Laut eines Sprechers des Bundesinnenministeriums könnte Deutschland etwa 20% der Schutzsuchenden aus Italien und Griechenland aufnehmen; etwa 8000. Diese beiden Länder sind aufgrund ihrer geografischen Lage hoffnungslos überlastet.

Bekanntlich ist hierzulande manch einem jeder Flüchtling einer zu viel. Dies zeigt sich u.a. in den heutigen Tagen im sächsischen Freital, wo der Streit um die Unterbringung von Flüchtlingen eska-

lierte. Parolen werden gebrüllt, hysterische Aussagen gemacht. Der Mob ist beängstigend gewaltbereit. Die Asylunterkunft in Freital muss rund um die Uhr von einem massiven Polizeiaufgebot geschützt werden. Hinter den Beamten stehen jene, die von der Freitaler Stadtverwaltung als „asylkritische Demonstranten“ bezeichnet werden; neben älteren Anwohnern aus den umliegenden Neubaublocks (Angst vor Diebstahl und Lärm) befinden sich Dynamo-Hooligans, aus dem Umland angereiste Pegida- Wutbürger, Neonazis aus der Kammeradschaftsszene Sachsens. Jens Wolfer von der Opferberatung der RAA Sachsen erklärt, dass man in den vergangenen 25 Jahren die zivilgesellschaftlichen Strukturen bewusst zerschlagen hat; kein ideales Umfeld für aufklärerische Arbeit, zumal die CDU gern Ressentiments gegen Migranten schürt. Vor einigen Tagen hat der Bundestag das Asylrecht erneut novelliert

Fortsetzung auf Seite 4

und verschärft. Die Organisation Pro Asyl befürchtet, dass mit dem neuen Bleiberecht mehr Flüchtlinge in Abschiebehaft kommen, z. B. weil sie hohe Geldsummen an Schleuser gezahlt haben, keinen Ausweis aufweisen können oder ein Asylverfahren in einem anderen EU-Land nicht zu Ende gebracht haben.

Was können wir als linke Bürgerinnen und Bürger tun? Wir können vor Ort in Schwedt die gesellschaftliche Stimmung mitprägen. Wenn es erwünscht oder notwendig ist, Flüchtlinge beraten und begleiten, Solidarität in der Praxis üben. Wir müssen versuchen unseren Mitmenschen deutlich zu machen, dass

Flüchtlinge auch eine große Chance in unserer alternden Gesellschaft sind, weil viele Flüchtlinge gut ausgebildet sind. Deutschland als Einwanderungsland, das wir sind, braucht diese Menschen.

Monika Gohl

Asylrechtsverschärfung: schlicht widerwärtig!

Am Donnerstagabend hat der Bundestag gegen die Stimmen der LINKEN ein neues Bleibe- und Ausweisrecht beschlossen. Die Verschärfungen kriminalisieren Menschen in Not, so Katina Schubert, Mitglied im Geschäftsführenden Parteivorstand der Partei DIE LINKE. Sie erklärt: "Kurz vor der Sommerpause hat der Bundestag am gestrigen Abend gravierende Änderungen beim Bleiberecht beschlossen. Minimalen Erleichterungen für Flüchtlinge, z.B. beim Erhalt einer Aufenthaltsge-

nehmigung, stehen maximale Möglichkeiten für Inhaftierung und Abschiebung von Flüchtlingen entgegen. Die falsche Zeit, der falsche Ort, der falsche Weg, ungenügende Dokumente – all das reicht aus, um Menschen auf der Flucht in Haft zu nehmen und schnellstmöglich wieder abzuschicken. Fluchtursachen wie Krieg, Verfolgung oder Hunger fragen jedoch nicht nach passenden Zeiten, richtigen Wegen oder vollständigen Dokumenten – oft zählen Stunden um ein Leben zu retten. Die nahezu hermetische

Abschottung Europas gegen Flüchtlinge treibt diese beinahe zwingend dazu, gegen die eine oder andere Regel zu verstoßen, und somit im Gefängnis zu landen. Solange es keine legalen Möglichkeiten gibt, nach Europa und Deutschland zu kommen, sind die beschlossenen Änderungen einzig ein Mittel dazu, Menschen in Not zu kriminalisieren. Das ist angesichts der menschlichen Tragödien, die sich immer wieder abspielen, schlicht widerwärtig!

25 Jahre SODI - 16 Jahre in Schwedt - 10 Jahre Hilfe für Nastja

Der Solidaritätsdienst International – SODI - gründet sich als direkter Rechtsnachfolger des Solidaritätskomitees der DDR.

In diesen 25 Jahren hat SODI mit seinen Partnern vor Ort rund 1.000 Selbsthilfeprojekte in 32 Ländern gefördert, wie z.B. die Kampfmitelräumung und Entwicklung in Zen-

tralvietnam mit „100 Häuser in Ai Tue“, den Bau von 130 Brunnen als Start des Trinkwasserprogramms in Kambodscha (bis 2013 sind es 512 Brunnen und damit werden 7.500 Menschen nachhaltig mit Trinkwasser versorgt) oder den Bau von Lehmhäusern und Trockentoiletten in Namibia.

Mit dem Recycling- und Sachspendenprogramm unterstützte SODI 20 Jahre

lang Menschen in Mosambik, Kuba, Nicaragua und Litauen.

Allein im Jahre 2013 half SODI mehr

nobl – Kindern in Belarus, engagieren sich SODI - Gruppen entlang der Oder für Kinder, die noch immer in der verstrahlten Zone leben. Sie werden regelmäßig gemessen, erhalten Pektinkuren, werden in Sanatorien oder auch Ferienlager geschickt oder bekommen eine Kur im Ausland.

Vor 16 Jahren entstand eine kleine SODI –Gruppe auch in Schwedt, die sich für Tschernobyl-Kinder einsetzt und viele Unterstützer hat über unsere Stadt hinaus.

Nur dadurch war es möglich, Nastja Moltschanowa aus Witebsk, die an den Spätfolgen der Katastrophe seit ihrer Geburt 1999 leidet, seit 10 Jahren einen jährlichen Aufenthalt zum Anfertigen

Fortsetzung auf Seite 5



Feier zu 25 Jahre SODI mit unserer Abgeordneten Gesine Löttsch und vielen Gästen

als 30.000 Menschen in 9 Ländern weltweit und hat durch 18 Aktionen und Kampagnen in Deutschland einen Beitrag für eine friedliche und gerechte Welt ohne Armut geleistet. Zusammengefasst wurde mit mehr als 30 Partnern und Netzwerken, unterstützt von über 300 Ehrenamtlichen.

Seit 1996 gibt es auch das Hilfsprogramm für die Gesundheit von Tschernobyl-

einer neuen Prothese zu ermöglichen.

Dank der jährlichen Spenden von ca. 4.000€ der Bürger, dem beispielhaften Einsatz des Sanitätshauses Fuchs, der medizinischen und therapeutischen Betreuung durch das Klinikum hat sich

Nastja trotz ihrer starken Behinderung völlig normal entwickeln können.

„Weltweit, hautnah – das ist, was die Solidarität von SODI seit 25 Jahren bestimmt.“

Sie können als Förderer oder Spender

diese Arbeit unterstützen - konkret für Nastja oder eines der anderen Projekte.

Christa Dannehl

Sparkasse Schwedt

IBAN: DE 25 1705 2302 0040 1146 97

Kennwort: Nastja

Die Bevölkerung fragen? Undenkbar!

Die griechische Regierung plant eine Volksbefragung über die weiteren Kürzungsaufgaben, die die Gläubiger von dem Land verlangen. Eigentlich ein vernünftiger Schritt – dem die Euro-Finanzminister eine klare Absage erteilen, allen voran Finanzminister Wolfgang Schäuble. Eine Volksbefragung jetzt findet er abwegig. Damit rückt ein Rauswurf Griechenlands aus der Euro-Zone näher. Und die Bundesregierung demonstriert, wie sie sich Demokratie in Europa vorstellt. Noch mal ganz in Ruhe und der Reihenfolge nach, um zu verstehen, was sich vor unseren Augen vollzieht: Um vor allem die deutschen Banken zu bedienen und die Finanzstabilität der Euro-Zone zu sichern, erhielt Griechenland seit 2010 Milliardenkredite von der EU und dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Im Gegenzug musste es Ausgaben streichen, Steuern erhöhen, Hunderttausende Beschäftigte entlassen, die Löhne kürzen und so weiter. Es war das schärfste Kürzungsprogramm eines westlichen Staates seit dem Zweiten Weltkrieg. Entgegen den Vorhersagen der Gläubiger führte dies in die – absehbare – Katastrophe, wie ein Rettungsring aus Blei: Die Wirtschaftsleistung Griechenlands schrumpfte um ein Viertel, die Arbeitslosenquote stieg nahezu bis 30 Prozent, ein Drittel aller Griechen gilt heute als arm. Aufwärts ging es dafür mit der Schuldenquote. Um diese Schulden zu bedienen, gaben

EU und IWF immer mehr Kredite, für die sie weitere Kürzungen und Entlassungen forderten. Im Januar 2015 kam zu Neuwahlen, bei denen das Linksbündnis Syriza gewann mit dem Versprechen, die tödliche Kürzungspolitik zu beenden und einen dringend notwendigen Schuldenschnitt einzufordern. Monatlang wurde verhandelt. Die Gläubiger seien „frustriert“ von der griechischen Regierung, hieß es immer wieder. Das mag sein. Es mag auch sein, dass zuweilen die griechischen Delegierten ruppig auftraten, den Gläubigern Vorträge über Ökonomie hielten, keine Krawatte trugen und sich nicht mal das Hemd in die Hose steckten. Es stimmt aber nicht, dass sich Athen in den Verhandlungen nicht bewegte. Tatsächlich ist die griechische Regierung weit auf die Gläubiger zugegangen. Der letzte Vorschlag von vergangener Woche beinhaltete so viele Kürzungen, dass zweifelhaft war, ob sie ihn überhaupt in der eigenen Fraktion und Partei durchkriegt. Doch den Gläubigern reichte das nicht, sie lehnten das Angebot ab und stellten Forderungen, die der griechischen Wirtschaft den Rest gegeben hätten. Das Volk sollte stärker belastet und Steuerhöhungen für Unternehmer gestrichen oder abgemildert werden. Diesen Forderungen konnte die griechische Regierung nicht zustimmen. Daher will es nun die Bevölkerung fragen, ob sie die Forderungen der Gläubiger akzep-

tiert. Um die Volksbefragung durchzuführen, hat Griechenland eine Verlängerung des Kreditprogramms um eine Woche beantragt. Eine Woche! Doch die EU lehnt das ab. Mit der Volksbefragung, so heißt es von den Ober-Demokraten, sei das Vertrauen endgültig zerstört. Athen nehme die griechische Bevölkerung „in Geiselnhaft“, wettete Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD). Eine irre Logik. Nebenbei bemerkt: Noch im Mai befand Schäuble, ein Referendum könne „sinnvoll“ sein. Nun setzen EU und IWF die Daumenschrauben an, Kreditzusagen werden zurückgezogen, ein Euro-Austritt Griechenlands droht, besser gesagt: ein Euro-Rausschmiss. Niemand weiß, wie es jetzt weitergeht, Automatismen und Sachzwänge gibt es nicht. Eindeutig ist jedoch die Botschaft, die die Bundesregierung an den Rest Europas sendet: Wir wollen, dass Kürzungsprogramme wie die Agenda 2010 und die massive Beschneidung des Rentensystems hierzulande als Graupause für Europa akzeptiert werden. Merkel und Schäuble verlangen, dass sich dem die anderen zu unterwerfen haben. Der Export deutscher Sozialkürzungen sei nicht verhandelbar. Es ist das alte Lied: Es gibt keine Alternative. Und eine linke oder eine soziale schon gar nicht. Das wird am Fall Syriza demonstriert – und Europa sollte genau zuhören

Michael Schlecht, MdB
(veröffentlicht 28.06.2015)

Die Demokratie hat gesiegt

Die Demokratie hat heute einen Sieg in Europa errungen. Die Griechinnen und Griechen haben sich zum zweiten Mal gegen die katastrophale Politik der sozialen Kürzungen und der wirtschaftlichen Verwüstung gewehrt. Sie haben

NEIN zu weiterer Austerität gesagt, NEIN zu einer falschen Medizin, die immer nur kränker macht“, erklärt der Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Bernd Riexinger. Das NEIN der Griechinnen und Griechen ist der Beweis ei-

ner lebendigen Demokratie, dass Schluss sein muss mit dem fortgesetzten Verabreichen einer falschen Medizin. Der Weg für neue "Behandlungsmethoden" ist nun frei. DIE LINKE steht solidarisch an der Seite von SYRIZA.

Termine

Stadtvorstand	23.07.2015	16.30	Fraktionsraum
Kreisvorstand	05.08.2015	18.30	Prenzlau
Stadtvorstand	13.08.2015	16.30	Fraktionsraum
Diskussionsabend	20.08.2015	16.30	Fraktionsraum
Fraktionssitzung	24.08.2015	17.00	Fraktionsraum
Stadtvorstand	27.08.2015	16.30	Fraktionsraum
Kranzniederlegung	01.09.2015		neuer Friedhof
Kreisvorstand	02.09.2015	18.30	Prenzlau
Stadtvorstand	10.09.2015	16.30	Fraktionsraum

Am 24.07.2015 von 09.30-11.00 Uhr werden wir vor dem Kaufhaus am Platz der Befreiung den wegen schlechten Wetters ausgefallenden Infostand nachholen.

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

21.07.15	Marianne Franz	zum 80. Geburtstag
28.08.15	Sebastian Woitschach	zum 25. Geburtstag
05.09.15	Jürgen Franz	zum 80. Geburtstag
05.09.15	Christa Dannehl	zum 75. Geburtstag

Des Weiteren gratulieren wir

19.07.15	Herbert Neumann	zum 88. Geburtstag
20.07.15	Bruno Tietz	zum 81. Geburtstag
19.08.15	Ilse Nickel	zum 72. Geburtstag
19.08.15	Ingeborg Zerbe	zum 62. Geburtstag
21.08.15	Burkhard Krüger	zum 66. Geburtstag
25.08.15	Bernd Meyner	zum 67. Geburtstag
25.08.15	Renate Meile	zum 63. Geburtstag
26.08.15	Monika Gohl	zum 67. Geburtstag



Rainer Sturm/ pixelio.de

UND ZUM GUTEN SCHLUSS

In den letzten Monaten kam es vermehrt zu Anschlägen auf Partei- und Abgeordnetenbüros. Die Landtagsabgeordnete Andrea Johlige hatte deshalb die Landesregierung gefragt, wieviele Angriffe auf Parteibüros es in den letzten Jahren gegeben hat und welche Parteien davon betroffen waren. Die Antwort der Regierung ist erschreckend: Zwischen 2005 und 2014 sind in Brandenburg insgesamt 86 mal Parteieinrichtungen attackiert worden - und 72 mal waren LINKE Büros das Ziel dieser Attacken.

Wir trauern um

Renate Künkel, verstorben am 08.06.15 im Alter von 73 Jahren

KoppHoch erscheint monatlich. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt.

Redaktionsschluss der Ausgabe 09/2015: 10.09.15, Abholtermin: 16.09.15

Impressum

Herausgeber:

Stadtvorstand der Partei DIE
LINKE. Schwedt
Tel./Fax: (03332) 31928

V.i.S.d.P.:

Sylvia Anklam

Redaktion:

M.Gohl, S.Anklam

Gestaltung:

A. Grote, D.Meyner

Druck:

L.Schüler

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei DIE
LINKE. Schwedt

Sprechzeiten und Kontakte

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 207/208
Mo-Do 10-12 Uhr

Leiter der Geschäftsstelle

Di, 10-12 Uhr

Finanzen

Mo, 27.07. und 03.08.15, 10-12 Uhr und
16:00-17:00 Uhr

Mo, 31.08. und 07.09.15, 10-12 Uhr

Fraktion DIE LINKE

vor Ort in den Wahlkreisen

Postanschrift: Auguststraße 2, 16303
Schwedt

Internet-Adressen

DIE LINKE Stadtverband

Schwedt/Oder

schwedt@dielinke-uckermark.de

DIE LINKE Schwedt/Oder Fraktion

SSV

Tel. 839334

Webseite:

<http://www.dielinke-uckermark.de>

KoppHoch ausgelesen? Bitte weitergeben an jemanden, der ihn vielleicht auch gerne lesen würde oder sollte!